77. Jahrgang. Nr. 594 Sonntag, 18. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.60 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Aufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Verl. u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) gestattet. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Neue Verhandlungen Paris-Washington

Rückzug Frankreichs in der Schuldenfrage?

Paris, 17. Dez. Am Freitag hatte der französische Botschafter in Washington eine längere Unterredung mit dem Staatssekretär Stimson, dem er von dem Sturz der französischen Regierung sowie von dem Wortlaut der Kammerentschließung zur Schuldenfrage Kenntnis gab. Havas meldet hierzu, daß die Unterredung sehr herzlich gewesen sei. Das Staatsdepartement habe nach Kenntnis des genauen Wortlautes der Entschließung den Eindruck gehabt,

daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern augenscheinlich weniger ernst seien, als man nach dem Verlauf der Kammeraussprache hätte annehmen müssen.

Man glaube, daß es nicht unmöglich sein werde, eine annehmbare Formel zu finden, zumal die amerikanische Regierung bereit sei, auch nach dem Ablauf des Fälligkeitstermines die Zahlung der in Frage kommenden Rate entgegenzunehmen. Es scheine jedenfalls, daß die amerikanische Regierung ihr möglichstes tun werde, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, die sie lebhaft bedauere. Die freundschaftlichen Worte des Senators Harrison und die Tatsache, daß auch die Senatoren Borah und Reed ihre ursprünglich beabsichtigten Erklärungen zur Schuldenfrage vor dem Senat verschoben hätten,

ließen auf eine Bereitschaft zur Versöhnung schließen, vorausgesetzt, daß diese Bereitschaft in Frankreich Widerhall finde.

Diese beruhigenden Meldungen aus Washington haben in Frankreich ihren Eindruck nicht verfehlt, zumal eine Spannung mit den Vereinigten Staaten auch hier nicht gewünscht wird. Herriot hat am späten Freitagabend den Präsidenten Lebrun über die letzte Entwicklung in der Schuldenfrage ins Bild gesetzt. Es wird aber von den Verhandlungen der zur Regierungsbildung auserlesenen Kandidaten mit den Kammergruppen abhängen, welchen Weg Frankreich in der Schuldenfrage wird gehen können. Zunächst scheint die Kammer noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt zu beharren. Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Finanzausschusses, die auf die Bitte Chautemps' hin die Frage geprüft haben, ob die Kammer bereit sein würde, ihren Standpunkt in der Zahlungsfrage zu ändern, falls Amerika sich ausdrücklich für eine internationale Schuldenkonferenz aussprechen würde, haben sich ablehnend geäußert.

Abberufung der amerikanischen Abrüstungsabordnung?

Neuyork, 17. Dezember. Wie der „New York American" aus Washington meldet, wird in Regierungskreisen die Abberufung der amerikanischen Abrüstungsabordnung für den Fall erwogen, daß Frankreich auf seiner Zahlungsverweigerung beharrt. Der Kongreß sei offensichtlich nicht geneigt, angesichts der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen weitere Spesen für die amerikanische Abordnung zu bewilligen. In den Kreisen des Schatzamtes werde darauf hingewiesen, daß die jährlichen Ausgaben für die französischen Rüstungen 24mal so groß seien wie die verweigerte französische Dezemberrate.

Das Stundungsgesuch Polens abgelehnt

Warschau, 17. Dez. In der Freitag eingegangenen amerikanischen Antwort wird das Ansuchen Polens um Stundung der im Dezember fälligen Schuldenzahlung abgelehnt. Die polnische Regierung beharrt auf ihrem Beschluß, die drei Millionen Dollar gegenwärtig nicht zu zahlen.

Der Sejm hat gestern seine letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien abgehalten. Er nahm in der zweiten und dritten Lesung den Gesetzentwurf über die Konvertierung der langfristigen Schulden an, was vor allem für die Landwirtschaft von Bedeutung ist.

Späte Einsicht

Washington, 17. Dez. Der demokratische Senator Long aus Louisiana erklärte am Freitag im Senat, der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg sei der größte Fehler, den die amerikanische Nation je gemacht habe. Alle Nationen, für die Amerika gekämpft und sein Geld ausgegeben habe, verdächtigten Amerika, daß seine Politik in den letzten fünfzehn Jahren weiter nichts dargestellt hätte, als ein Experiment mit Morgan-Investierungen in Europa. Long erhob schließlich den Vorwurf, die amerikanischen Regierungen hätten in Europa und Asien imperialistische Politik getrieben; Amerika hätte niemals die Philippinen übernehmen sollen.

Boncour versucht die Regierungsbildung

Paris, 17. Dez. Dem bisherigen Kriegsminister, Paul Boncour, wurde bei seinem Besuch im Elysee am Freitag spät abends vom Präsidenten der Republik der Auftrag erteilt, die Regierung zu bilden. Er hat sich aber bis Sonnabend eine Antwort vorbehalten.

Der vierte Tag der Regierungskrise steht also im Zeichen der Bemühungen Paul Boncours.

Noch ehe er angefangen hat, seine parlamentarischen Möglichkeiten zu prüfen, findet er auf der äußersten Rechten bereits eine Ablehnung. Das „Echo de Paris" erklärt zum Beispiel, Boncour werde Frankreich kein starkes dauerhaftes Ministerium geben können und im Parlament wegen seiner Haltung in Genf auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Die dem linken Flügel der radikalsozialistischen Partei nahestehende „Republique" hingegen begrüßt die Beauftragung Paul Boncours und sieht eine Verständigung zwischen Herriot und Paul Boncour voraus. Das Blatt hält es für möglich, daß Paul Boncour, seiner sozialistischen Herkunft eingedenk, der sozialistischen Partei eine Regierungsbeteiligung anbieten werde. — Das „Petit Journal" glaubt, daß im Falle eines Mißerfolges Boncours, Daladier oder der Senator Steeg am ehesten in Frage kämen, eine Lösung der Krise zu versuchen.

Das Wirtschaftsprogramm

In der gegenwärtigen ungewissen Uebergangszeit, in der schlechte und gute Anzeichen in buntem Wechsel unsere wirtschaftliche Entwicklung kennzeichnen und unsere Aufmerksamkeit immer mehr sich darauf richtet, wer nun eigentlich Sieger wird, die Krise oder der beginnende Aufstieg, in einem Augenblick also, in dem die Hoffnungen sich mehren, daß die Zeichen der Besserung bereits die Oberhand haben, ist es natürlich, daß Regierung, Parteien und Bevölkerung sich den wirtschaftlichen Aufgaben mit besonderer Aufmerksamkeit zuwenden. Der Reichskanzler hat in seiner Rundfunkrede den Ton angegeben und hervorgehoben, daß die Regierung alle anderen politischen Programmpunkte vor dem einen Ziel zurückstellen werde: Arbeit zu schaffen. Auch der Reichswirtschaftsminister Warmbold ist aus seiner sonst von ihm gewahrten Reserve herausgetreten und hat in zwei Reden vor der Industrie und vor Gewerkschaftsvertretern die Grundzüge seines Arbeitsbeschaffungsprogramms entwickelt. Dazu tritt soeben eine Verordnung zur Arbeitsbeschaffung in Kraft, die freilich noch völlig in der Organisierung des äußeren Rahmens eines solchen Programms steckenbleibt. Wir erfahren aus ihr gerade das Wesentliche nicht, nämlich, wie Arbeit beschafft werden soll, sondern lediglich die eigentlich bereits bekannte Tatsache, daß ein Ausschuß, aus Mitgliedern der Reichsregierung und dem Reichskommissar Gereke bestehend, eingesetzt wird, der die Richtlinien zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung erst prüfen soll. Das ist zunächst nicht viel, zumal, wenn man bedenkt, wie wenig diese Persönlichkeiten hinsichtlich des zu begehenden Weges miteinander übereinstimmen. Warmbold, Graf Schwerin-Krosigk und Reichsbankpräsident Luther stehen nach wie vor zu dem Grundgedanken des Papenprogramms, auf dem Wege der Steuergutscheine durch Unterstützung der sich wieder regenden privaten Unternehmer-Initiative die Krise zu überwinden. Dagegen war der neu ernannte Reichskommissar Gereke der heftigste Gegner dieses Planes und erwartete alles Heil von einer kommunalen Arbeitsbeschaffung, deren Finanzierung durch eine einmalige, sogar zinslose Kreditanweisung in festem Betrag geschehen sollte. Offenkundig hofft Schleicher, durch die bereits einmal von ihm wenigstens zunächst erprobte Methode des Konklave zu einem brauchbaren Kompromiß zu kommen. Gereke ist dabei die Rolle des Schäferhundes zugedacht, das heißt, er soll weniger das Programm bestimmen, als vielmehr energisch die Förderung der Pläne vorwärtstreiben. Augenscheinlich ist dabei sein leidenschaftliches Temperament bereits einer gewissen Zähmung unterworfen worden. Denn auch Schleicher hat erklärt, daß das Wirtschaftsprogramm mit Ausnahme des sozialpolitischen Teiles, der inzwischen aufgehoben worden ist, das des Kabinetts Papen bleibt. Nur mit dem Unterschied, daß die öffentliche Arbeitsbeschaffung etwas stärker in den Vordergrund gerückt wird. Insgesamt ist hierfür fast eine Milliarde vorgesehen. Gewiß eine erhebliche Summe, aber man darf sich darüber nicht täuschen, daß davon etwa 500 Millionen keineswegs neue Mittel darstellen, sondern bereits unter Papen bereitgestellt wurden, aber noch nicht verwertet werden konnten, weil sich der Arbeitsbeschaffungsplan ja über ein ganzes Jahr erstreckt und die In-Auftrag-Gebung öffentlicher Arbeiten naturgemäß im Winter mit besonderen jahreszeitlichen Schwierigkeiten verknüpft ist. Die restlichen 500 Millionen Mark bestehen aus Steuergutscheinen, die als Prämien für Neueinstellungen keine Verwendung gefunden haben und deshalb auf diese Weise ausgenützt werden sollen. Auch sie waren bereits unter der vorausgegangenen Regierung bereitgestellt. Sie sollen aber jetzt vor der Gefahr der Unausgenutztheit für den Fall bewahrt werden, daß die privaten Neueinstellungen unter dem von Papen erwarteten, sehr optimistischen Ausmaß zurückbleiben.

Wir halten dabei den Gedanken einer elastischen Verwendung dieses Betrages, den Warmbold vertritt, für glücklicher als die Ansicht Gerekes, ihn bis zum letzten Pfennig nur für öffentliche Arbeiten zu verwenden. Denn der Sinn der Arbeitsbeschaffung ist darin zu erblicken, durch den ruckartigen Einsatz von öffentlichen Aufträgen und die dadurch bedingte Steigerung der Massenkaufkraft die Belebung der privaten Wirtschaft zu beschleunigen und so den noch allzu träge laufenden Wirtschaftsmotor auf ein rascheres Tempo zu bringen. Es hieße aber in das auf diese Weise in Gang gebrachte Triebwerk der Wirtschaft wieder Sand werfen, wenn die öffentliche Arbeitsbeschaffung in dem Augenblick, wo die private Wirtschaft infolge der erweiterten Produktion vermehrter Kredite bedarf, diese für langfristige öffentliche Arbeiten bereits reserviert oder gar verbraucht hätte. Man wird deshalb dem Grundsatz des Reichswirtschaftsministers Warmbold zustimmen müssen, öffentliche Arbeiten sollten so beschaffen sein, daß sie, sobald die private Wirtschaft in das größere Volumen hineingewachsen ist, ohne Schwierigkeiten eingestellt werden können.

Verschwörung in letzter Minute entdeckt

Bomben in Buenos Aires

Buenos Aires, 17. Dezember. Die Regierung hat einen Aufruf an das Volk erlassen, worin mitgeteilt wird, daß eine weitverzweigte Verschwörung entdeckt worden sei, die den Zweck verfolgte, die Mitglieder der Regierung und hochstehende Persönlichkeiten zu ermorden, öffentliche Gebäude zu zerstören und die Bevölkerung zu beunruhigen. Die Regierung fordere die Bevölkerung zur Ruhe auf. Am Sitz des Radikalen Komitees wurde eine Haussuchung abgehalten. Die Zeitung der Radikalen wurde verboten, die Verhaftung der radikalen Führer ist angeordnet. Die Regierung wird im Kongreß die Verhängung des Belagerungszustandes beantragen.

Unter den Verhafteten befinden sich die früheren Präsidenten Irigoyen und de Alvear, die ausgewiesen werden sollen.

Der Kongreß wird Sonntag zusammentreten, um über einen Antrag des Präsidenten, den Belagerungszustand zu verhängen, zu beschließen. Die Polizei hat über 2500 Bomben aufgefunden und beschlagnahmt. Verschiedentlich kam es zu Unruhen größeren Umfanges als die Polizei begann, die Büros der Radikalen Partei zu schließen.

Die Verschwörung ist durch die zufällige Explosion einer Bombe ans Tageslicht gekommen.

Diese Explosion führte zu der Entdeckung, daß sich in einem Hause innerhalb der Bannmeile ein ganzes Bombenlager befand. Die Bewohner des Hauses flohen, vergaßen aber, eine Liste mit sechzig Namen mitzunehmen, wodurch es der Polizei ermöglicht wurde, sofort mit Verhaftungen gegen die Verschwörer einzugreifen.

Ein ostoberschlesischer Geldbriefträger ermordet

Kattowitz, 17. Dezember. In der Nähe von Ustron wurde gestern ein Geldbriefträger auf einem Bestellgang im Wald von einem Manne überfallen und beraubt. Der Täter schlug den Beamten mit einem Schlüssel nieder und schnitt ihm darauf mit einem Messer die Kehle durch. Darauf raubte er die Geldtasche, in der sich 2100 Zloty befanden und flüchtete. Der Räuber wurde jedoch von einem Mann bemerkt, der die Verfolgung aufnahm. Da dem Räuber die Geldtasche zu schwer war, warf er sie von sich und entkam zunächst. Die Polizei konnte ihn aber kurz darauf festnehmen. Der überfallene Geldbriefträger wurde ins Lazarett geschafft, wo er eine Stunde darauf seinen schweren Verletzungen erlag.

Japanisches Flugboot verunglückt – Fünf Tote

Tokio, 17. Dez. Nach einer amtlichen Mitteilung ist das Wrack des japanischen Flugbootes Nummer 307, das seit kurzem vermißt wurde, bei Formosa aufgefunden worden. Die fünfköpfige Besatzung ist ertrunken.